Front der DDR, insbesondere bei der Gewährleistung von Ordnung, Disziplin und Sicherheit in den Städten und Gemeinden,

- die Vorbereitung von Erfahrungsaustauschen und Konferenzen mit den Vorsitzenden und Mitgliedern der Schiedskommissionen,
- Maßnahmen zur Qualifizierung der Mitglieder der Schiedskommissionen,
- die Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Schiedskommissionen, insbesondere die Notwendigkeit von Nachwahlen und die Veränderung von Schiedskommissionsbereichen,
- Vorschläge zur Anerkennung guter Arbeit von Schiedskommissionen und zur Auszeichnung von Schiedskommissionen oder von einzelnen Mitgliedern.

(3) Der Beirat behandelt in seinen Beratungen vor allem Einschätzungen und praktische Erfahrungen, die vom Gericht und den anderen im Beirat vertretenen Organen in voller Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Verantwortung für die Leitung und Unterstützung der Tätigkeit der Schiedskommissionen unterbreitet werden.

(4) Der Leiter und die Mitglieder des Beirates werten die Beiratssitzungen in ihren Bereichen aus, veranlassen erforderliche Maßnahmen und informieren den Beirat über die Ergebnisse.

§59

Sachliche Voraussetzungen für die Tätigkeit

Die Räte der Städte, der Stadtbezirke und der Gemeinden sowie die Vorstände der Produktionsgenossenschaften sind verpflichtet, die sachlichen Voraussetzungen für die Arbeit der in ihrem Bereich tätigen Schiedskommissionen zu schaffen. Das umfaßt insbesondere folgende Verpflichtungen:

- die erforderlichen Rechtsvorschriften, Anleitungsmaterialien und Literatur bereitzustellen,
- für die Beratungen und die Sprechstunden geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen,
- die sichere Aufbewahrung der Unterlagen zu gewährleisten,
- die Erledigung der Schreivarbeiten zu sichern und erforderlichenfalls einen Schriftführer zu stellen,
- die für die Tätigkeit der Schiedskommissionen und die Würdigung ihrer Arbeit erforderlichen Mittel bereitzustellen.

§60

Erstattung von Auslagen

(1) Der Rat der Stadt, des Stadtbezirks oder der Gemeinde oder die Produktionsgenossenschaft hat den Mitgliedern der Schiedskommissionen auf Antrag die im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Schiedskommissionen entstandenen Auslagen zu erstatten.

(2) Notwendige Auslagen, die im Zusammenhang mit der Anleitung und Schulung entstehen, sind den Mitgliedern der Schiedskommissionen durch das Kreisgericht zu erstatten.

§61

Unterstützungspflicht

Kommt ein für die Unterstützung der Schiedskommissionen Verantwortlicher seinen Verpflichtungen nicht nach, ist die Schiedskommission berechtigt, sich an das übergeordnete Organ zu wenden und die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu fordern.

§62

Aufbewahrung und Abgabe von Unterlagen

(1) Die Schiedskommissionen bewahren die schriftlichen Unterlagen über ihre Tätigkeit und die Eingangsbücher für die Dauer von 2 Jahren auf.

(2) Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit dem 1. Tag des Kalenderjahres, welches auf das Datum des Abschlusses der Sache folgt, bei den Eingangsbüchern mit der letzten Eintragung.

(3) Nach Ablauf dieser Frist sind die schriftlichen Unterlagen und die Eingangsbücher dem für den Sitz der Schiedskommission zuständigen Kreisgericht zu übergeben.

VI.

Schlußbestimmungen

§63

Der Minister der Justiz wird beauftragt, im Einvernehmen mit den zuständigen zentralen Organen die zur Durchführung dieses Beschlusses notwendigen Maßnahmen zu treffen. Er kann hierzu Durchführungsbestimmungen erlassen.

§64

(1) Dieser Beschluß tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten der Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik vom 4. Oktober 1968 über die Wahl und Tätigkeit der Schiedskommissionen — Schiedskommissionsordnung — (GBl. I Nr. 16 S. 299) in der Fassung des Gesetzes vom 19. Juni 1975 über das gerichtliche Verfahren in Zivil-, Familien- und Arbeitsrechtssachen — Zivilprozeßordnung — (GBl. I Nr. 29 S. 533) und die Erste Durchführungsbestimmung vom 7. Mai 1973 zur Schiedskommissionsordnung — Ordnung über die Stellung, die Aufgaben und die Arbeitsweise der Beiräte für Schiedskommissionen bei den Direktoren der Kreisgerichte und bei den Präsidien der Bezirksgerichte (Beiratsordnung) — (GBl. I Nr. 29 S. 288) außer Kraft.

(Berlin, den 25. März 1982)

Der Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

E. Honecker

Der Sekretär des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik

H. Eichler